

Fraktion FDP in der Stadtverordnetenversammlung

Antrag

Nr. AT-142/2026

Fraktionsvorsitz	Marius Schäfer
------------------	----------------

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen	11.08.2026
Stadtverordnetenversammlung	24.08.2026
Ortsbeirat für den Ortsbezirk Mittelheim	25.08.2026

Antrag FDP: Zukunft des Grundstücks Rieslingstraße 1 in Mittelheim

Antragstext

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und den zuständigen Gremien über die Ergebnisse zu berichten,

1. ob das Grundstück Rieslingstraße 1 in Mittelheim nach dem Brandereignis perspektivisch für eine Erweiterung der Freiwilligen Feuerwehr Mittelheim geeignet wäre – beispielsweise für Parkplätze für die Feuerwehr;
2. ob auf dem Grundstück – ganz oder teilweise – öffentliche Parkplätze geschaffen werden können;
3. welche planungs-, eigentums- und förderrechtlichen Voraussetzungen hierfür bestehen und welche Kosten sowie Umsetzungsmöglichkeiten sich ergeben.

Begründung

Der Brand des Gebäudes in der Rieslingstraße 1 eröffnet die Möglichkeit, frühzeitig über eine sinnvolle städtebauliche Zukunft des Grundstücks nachzudenken.

Aus Sicht der FDP sollte geprüft werden, ob das Areal einen nachhaltigen Mehrwert für die Allgemeinheit schaffen kann.

Zum einen befindet sich die Feuerwehr Mittelheim in unmittelbarer Nähe. Im Rahmen der kürzlich vorgestellten Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplanung wurde unter anderem auf Defizite des Standorts hingewiesen. Daher sollte untersucht werden, ob das Grundstück langfristig zur Verbesserung der räumlichen Situation der Feuerwehr beitragen kann.

Zum anderen ist die Parkplatzsituation im Stadtteil Mittelheim seit Jahren angespannt. Insbesondere im Umfeld des Bahnhofs besteht ein hoher Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Stellplätzen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie Pendler. Aufgrund der fußläufigen Entfernung zum Bahnhof bietet sich das Grundstück grundsätzlich als möglicher Standort für öffentliche Parkplätze oder eine kombinierte Nutzung an.

Die Prüfung erfolgt ergebnisoffen und soll als Grundlage für eine spätere politische Entscheidung dienen. Ziel ist es, eine einmalige Chance für die Entwicklung des Areals im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sowie der öffentlichen Infrastruktur nicht ungenutzt zu lassen.